

NIEDERSCHRIFT

über die 40. Plenarsitzung des **Gemeinderates** am Dienstag, 17. Juli 2007,
15:30 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters
Heinz Fenrich

ÖFFENTLICHE SITZUNG

7.

Punkt 5 der Tagesordnung: Vorbereitung einer neuen Entwässerungsgebührensatzung im Zuge der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr: Abschaffung des Starkverschmutzerzuschlags

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5, Vorlage Nr. 1050, zur Behandlung auf.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Wir haben noch gewisse Bedenken. Wir möchten dem heute so nicht zustimmen. Wir meinen vielmehr, dass wir die Angelegenheit im Umweltausschuss noch einmal beraten sollten. Es gibt offenbar zwei Städte, die ein geeignetes Verfahren entwickelt haben. Wir würden gerne erfahren, wie die das machen, wie deren Erfahrungen aussehen. Wir sind grundsätzlich schon der Auffassung, dass Starkverschmutzer auch stärker zur Verantwortung gezogen werden sollten. Für diese sollte es Anreize dafür geben, über das hinaus, was an Grenzwerten vorgesehen ist, sich um Reduktion ihrer Schadstoffe in den Abwässern zu bemühen.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Müllerschön (SPD): Wir sind der Meinung, dass wir der Vorlage zustimmen. Wir finden den Starkverschmutzerzuschlag nicht mehr zeitgemäß. Gerade das soll in die neue Satzung eingebunden werden, damit dieser Anreiz, was Sie eben bemängelt haben, gegeben ist.

Wir werden im Oktober oder September, je nach dem wann wir den Vorentwurf der gesplitteten Abwasserverordnung bekommen, sehen, Herr Oberbürgermeister, wie der Starkverschmutzerzuschlag eingebunden ist. Wir stimmen der Vorlage zu.

Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU): Ich kann mich voll den Ausführungen von Herrn Müllerschön anschließen. Ich möchte noch einen Punkt anführen.

Es ist eine sehr geringe Menge an Starkverschmutzern, die wir in Karlsruhe haben. Die Verwaltung hat sehr ausführlich beschrieben, dass sie die frei werdenden Ressourcen nutzen kann, um das sicher noch ausbaufähige Feld der indirekten Einleiterüberwachung auszubauen. Da ist ein Schwerpunkt, wo man Punkte sammeln kann. Deswegen wird die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Høyem (FDP/Aufbruch): Liberal zu sein, heißt auch wirtschaftsfreundlich zu sein. Wir Liberalen stimmen dieser kleinen Verbesserung unserer Wirtschaft zu. Diese altmodische Bestrafung hat seinen Sinn total verloren. Es ist eigentlich ganz mutig, dass die Verwaltung wieder und wieder in der Vorlage unterstreicht, dass die rechtliche Notwendigkeit nicht mehr existiert. Der Vorschlag ist, dass diese Änderung ab 01.01.2008 Wirkung haben soll. Es wäre wahrscheinlich viel besser, dass die Änderung ab heute gilt. Warum müssen die Firmen noch ein halbes Jahr geduldig eine Strafebezahlung tätigen, die nicht mehr sinnvoll ist.

Stadtrat Dr. Fischer (KAL): Ich bin der Kollegin Luczak-Schwarz dankbar dafür, dass sie auch einmal für die Zuhörer deutlich gemacht hat, warum wir dieser Vorlage zustimmen, weil eben aufgrund der verminderten Zahl betroffener Fälle diese Bestimmung ihre Sinnhaftigkeit verloren hat. Von daher gesehen stimmen wir zu. Wir hätten aber drei Bitten, die wir der Verwaltung mitgeben wollen:

1. Es wäre zu beobachten, wie sich die Zahl der Starkverschmutzer und deren Schmutzfrachten entwickelt. Es könnte sein, dass der Wegfall dieser Abgabe dazu führt, dass manche Leute wieder glauben, sie müssten weniger für den Umweltschutz im Betrieb tun.

2. Im Gemeinderat oder im entsprechenden Ausschuss - das wird wohl der Bauausschuss sein - sollen wir darüber informiert werden, ob Kohlenstoff nach Inbetriebnahme der zusätzlichen biologischen Reinigungsstufe für Stickstoff notwendig und wie hoch die Dosierung sein wird.
3. Im Hauptausschuss sollte einmal darüber gesprochen werden, was finanziell am meisten Sinn macht und was wirklich angebracht wäre hinsichtlich einer Kostenkontrolle, die die spezifischen Reinigungskosten einzelner Reinigungsstufen beleuchtet.

Dies sind also drei Bitten: 1. Beobachten, wie sich die Schmutzfrachten entwickeln, ob die Starkverschmutzer zunehmen, 2. Informationen im Bauausschuss über die Kohlenstoffdosierung, wenn die Reinigungsstufe für Stickstoff in Betrieb gegangen ist und 3. im Hauptausschuss darüber diskutieren, ob wir eine detaillierte Kostenrechnung für das Klärwerk bräuchten.

Der Vorsitzende: Ich darf sagen, dass wir die drei Bitten mitnehmen. Wir werden Ihnen entsprechend berichten und Sie in das Verfahren einbinden über die Beobachtungen und Entwicklungen.

Zum zweiten darf ich sagen, dass die Sinnhaftigkeit der Starkverschmutzerzuschläge nicht nur wegen der geringen Zahl sich überholt hat, sondern auch weil die Parameter sich erheblich verändert haben. Dadurch haben wir eine völlig andere Grundlage, die heute nicht mehr geeignet ist, das zu erfüllen, was seinerzeit sinnvoll war, als der Starkverschmutzerzuschlag eingeführt wurde. Da sind wir eben in der Entwicklung weiter, wir sind weiter in den Messmethoden. Wir wissen mehr. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, das abzuschaffen. Das müssen wir jetzt tun, weil wir ohnehin eine Satzungsänderung machen, Herr Stadtrat Høyem, die mit der gesplitteten Abwassergebühr zusammenhängt. Aus diesem Grund sollten wir jetzt nicht einen neuen Zwischenschritt machen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Können wir nun über die Vorlage 1050 abstimmen? - Das ist der Fall. Wer der Vorlage Nr. 1050 zustimmen möchte, den

bitte ich um die gelbe Stimmkarte. (Geschieht) Gegenprobe, Enthaltungen: Ich sehe 9 Nein-Stimmen, ansonsten Zustimmung.

Beschluss: Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung nach Vorberatung im Hauptausschuss, den Starkverschmutzerzuschlag auf die Entwässerungsgebühren in die zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühr zum 01.01.2008 notwendige neue Entwässerungsgebührensatzung nicht zu übernehmen.

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

Verteiler

Ratsinformationssystem
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten 2-mal

HA - Sitzungsdienste -
30. Juli 2007